

Medien-Information

24. Februar 2020

Gedenktafel für Opfer der Wehrmachtsjustiz auf Sylt enthüllt – Justizministerin Sütterlin-Waack: „Es geht um Gedenken und Erinnern.“

SYLT. Bei Westerland auf Sylt ist heute (24. Februar) eine Gedenktafel für Opfer der Wehrmachtsjustiz auf der Nordseeinsel enthüllt worden. Auf Sylt waren in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs auf Betreiben der Militärjustiz an mehreren Orten Wehrmachtsangehörige hingerichtet worden. Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack erklärte in ihrer Rede: „Junge Soldaten wurden wegen Fahnenflucht oder vermeintlicher Wehrkraftzersetzung mit dem Tode bestraft. Hier auf Sylt, aber auch anderswo in Schleswig-Holstein, etwa in Flensburg oder in der Geltinger Bucht. Dies geschah kurz vor und auch noch in den ersten Tagen nach Kriegsende. Geschätzt mehr als 150 Soldaten kamen im Norden so noch durch ein Erschießungskommando zu Tode. Angeordnet von einer Militärjustiz, die kein Ende kannte. Die damals vermeintlich Recht Sprechenden dienten bis zuletzt einem Unrechtsstaat und verschafften diesem – nicht nur aus heutiger Sicht – durch ihr Wirken eine (pseudo-)rechtsstaatliche Legitimation. Wenn wir heute die Gedenktafel in Erinnerung an die hier gerichteten Soldaten enthüllen, rehabilitieren wir diese unglücklichen Menschen in gewisser Weise und halten ihr Andenken in Ehren. Und wir nehmen uns darüber hinaus eines speziellen Kapitels im dunklen Teil unserer Landesgeschichte an, dem schon in früheren Jahren die gebührende Aufmerksamkeit hätten zukommen müssen.“

Die Ministerin ging auch auf die Entwicklung nach Kriegsende ein: „In den ersten Jahrzehnten nach 1945 tat sich der Großteil der deutschen Nachkriegsgesellschaft schwer mit diesem besonderen Thema der NS-Schreckensherrschaft. Es wurde totgeschwiegen, verdrängt, vergessen. Eine Rehabilitierung der Opfer oder die öffentliche Erinnerung an diese Soldaten schien vielen Deutschen nicht opportun. Dieser Gruppe von Opfern des NS-Regimes etwa einen Gedenkstein zu setzen, lag außerhalb der Vorstellungskraft vieler. Auch in den Regionen und Ortschaften, in denen diese Ereignisse geschehen waren. Auch unter den dortigen politisch Verantwortlichen. Man wollte seine Ruhe. Bloß kein Aufsehen. Der Landesregierung und mir persönlich ist es ein wichtiges Anliegen, das Wissen um die Geschehnisse der NS-Zeit in unserer Region zu bewahren. Auch deren Folgen in den Jahrzehnten unseres Landes danach. Nur so können wir uns als Gesellschaft unserer selbst sicher sein“, sagte Sütterlin-Waack.